

Die Verherrlichung strafbarer
Handlungen.

Es ist begreiflich, daß das Verbrechen, welches in Paris gegen die französische Kammer verübt wurde, auch den übrigen Völkern Anlaß giebt, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob ihre Gesetzgebung dem Staate ausreichende Waffen gegen das anarchistische Vordringen zu stellen vermag. Auch in Deutschland können wir uns dieser Aufgabe nicht wohl entziehen. Im Allgemeinen wird man nun den in Deutschland bestehenden Rechtszustand für ausreichend erachten. Eine solche Ansicht ist nur insoweit zu bestehen, als, abgesehen von der in § 10 Absatz 2 des Gesetzes vom 9. Juni 1884 enthaltenen Bestimmung, die Verherrlichung einer strafbaren Handlung straflos ist. In der Vorlesung wird zunächst die Menge der Verherrlichung durch öffentliche Äußerung oder durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen oder in Schriften und sonstigen Darstellungen zur Verherrlichung einer der in §§ 5 und 6 des Gesetzes bezeichneten strafbaren Handlungen dadurch anreizt oder verleitet, daß er dieselben anpreist oder als etwas Rühmliches darstellt. Die Handlungen, auf die hier Bezug genommen wird, sind: vorzügliche mittelst Anwendung von Sprengstoffen bewirkte Gefährdung des Eigentums, des Lebens oder der Gesundheit eines Andern, die auf diese Weise bewirkte schwere Körperverletzung oder Tötung oder die Verhinderung mehrerer Personen zur Verherrlichung solcher Verbrechen, auch wenn es nicht zu einem Anfang der Ausführung kommt. Angesichts der anachronistischen Bewegung erweist sich aber diese Bestimmung als unzureichend. Tatsächlich hat man von derselben nur höchst selten Gebrauch machen können; wenn Berliner Anarchisten alljährlich noch die in Chicago hingerichteten Genesungsgegnen als Märtyrer feiern und ihre Thaten preisen, so ist es nur selten möglich, hiergegen vorzugehen. Der Grund liegt in der Bestimmung, welche nicht die Verherrlichung an sich bestraft, sondern lediglich die Verherrlichung, durch welche zu einer Verherrlichung solcher Verbrechen angereizt wird. In diesem Punkt eine Änderung eintreten zu lassen, ist notwendig; die Verherrlichung eines Verbrechens muß ohne Weiteres als strafbar gelten, und es kann nicht darauf ankommen, ob dieselbe zu dem Zwecke der Verherrlichung erfolgt oder nicht. Die Anführung zur Verherrlichung strafbarer Handlungen wird nach Maßgabe anderer Bestimmungen geahndet, für die Verherrlichung von Verbrechen bedarf es einer besonderen Vorschrift. Der öffentliche Rechtsübergang entspricht es ohne Zweifel, daß derjenige, welcher öffentlich den Anschlag gegen die französische Kammer billigt, auch dann bestraft wird, wenn ihm nicht nachgewiesen werden kann, daß er zur Verherrlichung ähnlicher Verbrechen habe ansetzen wollen. Abgesehen hiervon erscheint aber die Ausdehnung der Strafbestimmung auch auf die Verherrlichung der nicht mit Sprengstoffen verübten Verbrechen notwendig; weshalb soll beispielsweise die Verherrlichung des Mordversuchs straflos sein, den kürzlich in Paris ein Anarchist auf den festsitzenden Gefangenen verübt hat, weshalb läßt man die Verherrlichung der Brandlegung straflos, die von den Kommunisten in Paris begangen wurde? Ein kriminalistischer Grund, der diesen Unterschied rechtfertigt, ist nicht ersichtlich, und die Gesetzgebung sollte es sich dieserhalb wohl überlegen, ob sie nach wie vor die Verherrlichung schwerer Verbrechen gestatten will. Wir geben gern zu, daß dieselbe oft genug einen komischen Anstrich hat und auf den gebildeten Menschen den Eindruck macht, daß ihr Urheber in der Verantwortung gehöre, aber die Wirkung auf den Ungebildeten, den Desperado, ist eine ganz andere, und es kann nicht geleugnet werden, daß die Straflosigkeit dazu beiträgt, den Abscheu vor dem Verbrechen abzumildern und zu entkräften. Gerade dies muß aber verhindert werden.

(Köln. Ztg.)

Deutschland.

Berlin, 16. Dezember. Bei den letzten Reichstagsverhandlungen über die Handelsverträge hat auch die Frage eine Rolle gespielt, ob die bisher Italien und Österreich eingeräumten Zollermäßigungen für Wein und Trauben eine nachteilige Wirkung auf den heimischen Weinbau und Weinhandel ausüben könnten. Über diese Frage sind von der Reichsregierung bei den am Weinbau beteiligten Regierungen Ermittlungen angestellt worden. Die Ergebnisse haben wieder Nachfrage bei den Produzenten gehalten. Das Ergebnis dieser Ermittlungen ist ein durchaus günstiges gewesen, da sich herausgestellt hat, daß die besten heimischen Weine durch die fremden Erzeugnisse keinen Preisdruck erfahren haben, die geringeren deutschen Weine dagegen durch den Verkehr mit italienischem Wein in der Qualität verbessert werden und an Verkaufsfähigkeit erheblich gewonnen haben. Die Anmerkungen der Bundesregierungen betonen zwar, daß für ein abschließendes Urteil noch zu kurze Zeit seit dem Inkrafttreten der Zollermäßigungen verstrichen sei, daß aber die bisherige Erfahrung nichts zu Ungunsten des heimischen Vorgehens beweise. Was die Anmerkungen der einzelnen Regierungen betrifft, so möchten wir hervorheben, daß von Preußen betont wurde, wie die Nachfrage nach kleinen billigen Weinen im Westen sei und daß Absatz und Preisbildung der heimischen Weine nicht ungünstig beeinflusst worden seien. Hinsichtlich der bayerischen Regierung gesteht, die württembergische Regierung machte besonders darauf aufmerksam, daß der Verkauf der heimischen Weine rasch von Statten gegangen sei, weil die italienischen Weine mit den württembergischen ausgetauscht worden könnten. Die bayerische Regierung erklärte die früher gegebene Befürchtung, es werde die begünstigte Einfuhr fremder Weine den Preis der heimischen besseren Weine herabdrücken, für unbegründet. Die elsaß-lothringische Regierung aber konstatiert, daß die Nachfrage nach kleinen heimischen Weinen erheblich gestiegen ist und daß eine Preissteigerung stattgefunden hat. Aus den Weinbaubehörden Lübeck, Bremen und Hamburg wurde berichtet, daß die heimischen Weinbauverhältnisse sich rasch haben abgehoben und daß gerade in Folge des Verschwindens der Absatz der kleinen deutschen Weine schon jetzt eine Zunahme erfahren hat.

Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt: Die deutsch-konservative Partei hat am 13. Dezember geschlossen gegen den Handelsvertrag mit Rumänien gestimmt. Wir sind uns der Verantwortung und Tragweite unserer Stellungnahme zu den Handelsverträgen wohl bewußt. Bei der gegenwärtigen Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Vaterlandes können wir uns nicht entschließen, einer Vertragspolitik unsere Zustimmung zu erteilen, durch welche der Landwirtschaft einseitig die schweren Opfer auferlegt werden. Die deutsch-konservative Partei hat nicht lediglich die Interessen der Landwirtschaft zu wahren; sie hat es vielmehr stets als ihre Aufgabe betrachtet, wirksam für den Schutz der nationalen Arbeit einzutreten, insbesondere auch für das Gedeihen des Mittelstandes in Stadt und Land ihre Kräfte einzusetzen. Der Landwirtschaft gebührt die entscheidende Stellung im wirtschaftlichen und sozialen Leben der deutschen Nation. Eine Schädigung der Landwirtschaft, eine Schwächung ihrer Produktionen bedeutet eine ernste Gefahr für die sozialen Verhältnisse des Vaterlandes. Die Kaufkraft des heimischen Marktes ist die Grundlage für das Gedeihen unserer vaterländischen Industrie. Eine Erweiterung der Ausfuhr industrieller Erzeugnisse kann nur dann als berechtigt angesehen werden, wenn sie nicht mit erheblichen Opfern für die Landwirtschaft, das wichtigste Gewerbe, erkauft wird. Der Abschluß weiterer Handelsverträge von ungleich größerer Bedeutung und Tragweite, aber auch verhältnismäßig viel größeren Gefahren auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, steht in Aussicht. Auch dieser Vorlage gegenüber können wir unsere Stellung nicht verändern; der Zustimmung und das Vertrauen aller unserer Gesinnungsgenossen sind wir sicher.

Die sozialdemokratische Presse findet wieder einmal den Zeitpunkt geeignet, sich gegen die bestehende Arbeiterversicherung, von der sie im übrigen keinen einzigen Teil befreit sehen möchte, in kraßem Widerspruch zu verhalten. Namentlich fällt ihr die gegenwärtige Organisation nicht. Sie wünscht in erster Reihe Kranken-, Unfall- sowie Invaliditäts- und Altersversicherung in eine Verwaltung gebracht zu sehen. Das ist leichter gesagt als getan. Eine einzige Verwaltung für die drei Arbeiterversicherungsarten zu schaffen, geht schon deshalb nicht an, weil an der Ausübung der Kosten ganz verschiedene Elemente beteiligt sind und man doch bedenken, welche die Mittel für die Durchführung der Versicherung hergeben, die Aufsicht über deren Verwendung überlassen müssen. Oder wollen die Arbeiter etwa die ihnen gemäß ihrem Zweidrittelbeitrag für die Krankenversicherung in den Krankentafeln zufließende Summe an die Verwaltung abgeben? Und ist von solchen Verzichtserklärungen noch nichts zu hören gekommen, auch die sozialdemokratische Presse hütet sich, sie kundzugeben. Eine weitere Ausdehnung, welche die letztere an der Arbeiterversicherung macht, betrifft die Verwaltungskosten. Es ist nachgerade unangenehm, immer von Neuem auf dieses Thema zurückkommen zu müssen, obwohl sich in dem verhältnismäßig kurzen Bestehen namentlich der Berufsvereinigungen gezeigt hat, daß die private Versicherung gar nicht im Stande gewesen wäre, so billig zu arbeiten. Die sozialdemokratische Presse meint, wenn Arbeiter die Verwaltung der gesamten Versicherung übertragen würde, so würde sie sich bedeutend billiger stellen. Ob das zutrifft, wissen wir nicht, auch die Sozialdemokratie kann es nur behaupten. Soviel aber haben wir aus den Erfahrungen mit den Krankentafeln doch gesehen, daß die Arbeiterverwaltung durchaus nicht geringe Kosten verursacht. In den Ausgaben der Krankentafeln machen die Verwaltungskosten einen recht stattlichen Prozentsatz aus. Die bisherige Erfahrung würde also durchaus nicht zur Ausführung des von der sozialdemokratischen Presse gemachten Vorschlages reizen. Noch weniger aber die geheime Absicht, welche damit von der Sozialdemokratie verfolgt wird. Schon jetzt bringt sie auf die Kosten, welche die Arbeiter in den Krankentafeln zu bezahlen haben, ausgesprochene Parteigenossen. Sie belohnt also die politische Propaganda und würde es noch besser und ausgedehnter können, wenn die Arbeiter die Verwaltung der gesamten Versicherung in Händen hätte. Es liegt aber nicht die mindeste Ursache vor, den Belohnungsfonds der Sozialdemokratie in irgend einer Weise zu verkleinern.

Der Spionageprozeß, der vor dem Reichsgericht in Leipzig verhandelt worden ist, läßt es jetzt erkennen, wie wichtig der Rang ist, den die kaiserlichen Polizeibehörden im August dieses Jahres gemacht haben. Der Kaiser hat bei seiner letzten Anwesenheit in Kiel bereits dem dortigen Polizeichef Bürgermeister Vöhrh seinen besonderen kaiserlichen Dank für die große Sorgfalt und Wachsamkeit ausgesprochen, die er in dieser für die Sicherheit des Reiches so wichtigen Sache an den Tag gelegt hat. (Vorher war lange Zeit Polizeidirektor in Straßburg. D. Red.) Es scheint in der That gelungen zu sein, rechtzeitig in den Besitz des ganzen Materials zu kommen, das sich die beiden französischen Espione über wichtige Geheimnisse der deutschen Landesverteidigung verschafft hatten. Das aber der ganzen Verhandlung ein geradezu sensationelles Interesse verleiht, das in die That, daß sich zu diesem Spionagegeschäft zwei Offiziere der aktiven französischen Armee, zwei Mitglieder des Generalstabes der französischen Marine hergegeben haben, die unter falscher Flagge lebten, schließlich doch von dem Untersuchungsrichter als das erkannt worden sind, was sie wirklich in der französischen Marine bedeuten. Es ist allerdings nicht das erste Mal, daß Offiziere der aktiven französischen Armee sich zu solchem Spionagegeschäft herabgelassen haben. Aus einer großen Reihe von Fällen erinnern wir uns insbesondere eines französischen Marine-Offiziers Reclus, der im Jahre 1875 auf einer Rundschiffahrt über Straßburg und Kiel verhaftet und in Hamburg wegen unbefugten Zeichnens von Festungsanlagen zu mehrwöchentlicher Haft verurteilt wurde. In Straßburg wurde von einem Dutzend Jahren der französische Leutnant Tissot wegen Spionage zu mehrjähriger Festungshaft verurteilt. Auch erinnern wir uns, daß früherzeitig der bekannte General Mühl nicht ohne ihn begleitenden französischen Offizier in den Mainzer Festungsanlagen sowie bald darauf zwei höhere französische Offiziere in den Koblenzer Festungsanlagen angehalten worden sind, daß aber damals die deutschen Militärbehörden es für ausreichend hielten, die Herren des Landes zu verhaften und ihnen dadurch die Verschönerung eines Spionageprozesses zu ersparen. Auch in Karlsruhe und in der Provinz

Posen — hier spielte der General Fay eine recht bedeutende Rolle — sind ähnliche Fälle vorgekommen, aber von den deutschen Militärbehörden nach ausgiebiger Feststellung des Thatbestandes mit dem Schweigen der Berichterstattung gehandelt worden. Die Herren, die sich Frankreich aus diesen ihrem Heere und seinem Offizierskorps nicht zur Ehre reichenden Spionagefällen zog, gingen mehrwöchentlich dahin, daß Frankreich seinerseits ein drakonisches Spionagegesetz erließ. Deutschland verschmähte es, eine entsprechende Gegenmaßregel zu treffen, und der vorliegende Fall beweist, daß die deutsche ordentliche Gesetzgebung auch für solche internationalen Gefahren ausreicht.

Man entsinne sich noch des in Nordamerika geführten Kampfes um die Kirchenfrage der dortigen katholischen Einwanderer, in welchem aber bei der vatikanischen höchsten Kirchenautorität die Vertreter des mitteleuropäischen Kaiserreichs Dr. Pieber und Herr Cahnshy (Lübeck) gegen den anglo-irischen Fanatismus der Kardinal-erzbischof Gibbons von Baltimore und Erzbischof Seeland von St. Paul in Minnesota völlig Unrecht bekamen. In dasselbe Feld schloß sich ein, wenn jetzt die Errichtung eines besonderen Bistums für die nordamerikanischen Polen von dem „Kurier“ Poznański“ zwar besprochen, zugleich aber abgelehnt wird. Das Organ des Erzbischofs Stabowski erblickt in einem solchen Bistum die Gefahr einer von Rom sich absondernden „polnischen Nationalkirche“, will für Nordamerika höchstens von einem polnischen Weihbischof etwas wissen und verweist die dortigen Polen übrigens auf die Person des päpstlichen Delegaten Mgr. Saotoli als ihres geborenen Bischofs. Diese nationale Beschreibung ist allerdings eigentümlich gegen das Auftreten des polnischen Klerus aus preussischen Staatsgebieten, wo er bekanntlich immer das polnische Moment über das katholische gestellt und damit jetzt zunächst in Oberschlesien jenes Nationalpolenbistum großgezogen hat, das neben nationalem Fanatismus materialistische, anarchistische und theilweise „hussitische“ Tendenzen zu zeigen beginnt.

Der Reichstagsbeschluss wegen Erweiterung der Gültigkeit der Eisenbahngesetze für Abgeordnete ist vom Bundesrathe bekanntlich einem Ausfuss überwiegen worden. Es soll aber im Bundesrathe wenig Neigung sein, dem Beschlusse zuzustimmen. Derselbe befürchtet, daß Sozialdemokraten und Antisemiten die freie Fahrt durch ganz Deutschland während der Session zu befürchtenden Agitationsreisen benutzen würden. „Nat.-Lib. Korr.“ bemerkt dazu:

„Vielleicht ließe sich ein billiger Ausweg dahin treffen, daß den Abgeordneten nicht nur, wie jetzt, zwischen Berlin und ihren Wohnorten, sondern auch zwischen Berlin und ihren Wahlkreisen Freiheiten gewährt würden. Die Erleichterung der Verbindung mit den Wahlkreisen läßt sich mit besseren Gründen rechtfertigen, als das leicht zu widerstehen führende völlig uneingeschränkte Unterzügen im ganzen Reich.“

Regensburg, 15. Dezember. Eine für den Viehhandel an der böhmisch-schlesischen Grenze wichtige Verordnung des Regierungspresidenten bekräftigt die Pferdezufuhr über Vieh- und Seidenberg auf den Dienstag und Freitag, die Einfuhr des anderen Viehes auf den Dienstag jeder Woche.

Darmstadt, 15. Dezember. Nachdem bereits vorgestern bei Mainz ein bekannter Anarchist wegen Veranschuldigung falscher Zweimarkstücke festgenommen worden, wurden gestern drei Personen, welche zahlreiche falsche Zweimarkstücke, Formen, Wertzeichen, sozialistische und anarchistische Schriften bei sich führten, am Bahnhofsplatz der Station Viehhofstraße in dem Augenblicke verhaftet, als sie Biletts nach Darmstadt ließen. Einer von ihnen machte einen verzweifelten Mutherschuss.

Karlsruhe, 15. Dezember. Die Zentrumsfraktion brachte in der Kammer Anträge auf eine beschränkte Zulassung der geistlichen Orden, Aufhebung des Missionsverbots und Aenderung der Wahlkreise ein. — Die zweite Kammer ging nach vierstündiger Debatte über den Antrag des hiesigen Antisemitenvereins bezüglich der Prüfung jüdischer Lehrbücher und Gesetze zur Tagesordnung über.

Österreich-Ungarn.

Im österreichischen Reichsrath dauern die Debatten über das Budgetprovisorium fort. In der gestrigen Beratung erklärte, Wiener Deputierten zufolge, Graf Hohenwart, die Bewilligung des Budgetprovisoriums involviere noch keinen besonderen Vertrauensakt. Seine Partei fasse den Koalitionsgedanken darin auf, daß die gemäßigten Parteien des Hauses sich zusammenfinden wollen, um vorerst eine angemessene Erweiterung des Wahlrechts zu schaffen, sodann sich dem großen Gebiete der Volksfahrtsvergebung zuzuwenden und mit vereinter Kraft die diesen Vertheilungen entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen. Er konstatirte die erzielte Uebereinstimmung zwischen der Regierung und der Majorität, welche aus der Programmklärung, sowie aus den gestrigen wohlwollenden Worten des Ministerpräsidenten herbeizog. Er begrüßte freudig das Verschwinden einer fröhlichen Verwaltung seitens der Regierung und hoffte, daß es so hervorragenden Regierungsmännern möglich sein werde, zu verschönern, aber auch entschieden vorzugehen, und die extremen Forderungen zurückzudrängen, sowie manchem wirklichem Bedürfnis abzuhelfen, dessen Befriedigung der extreme Parteigeist bisher verweigerte. Graf Hohenwart hoffte zuversichtlich, daß die Thätigkeit der Regierung es der Partei des Reiches ermöglichen werde, sie jeder Zeit freudig und mit ganzer Kraft zu unterstützen.

Nach einem scharfen Angriff des Slovenen Gregorec gegen die Koalition erklärte Venca namens des Kolonkubs unter lebhaftem Beifall, die durch die Koalition erfolgte Klärung der parlamentarischen Verhältnisse keine der gemeinsamen Arbeit nur förderlich sein, die Koalition sei durchaus geeignet, den Nationalitäten die entsprechende Berücksichtigung zu verschaffen, welche auf die Uebereinstimmung ihrer nationalen Entwicklung mit dem allgemeinen Staatszwecke Bedacht nehme. Er begrüßte die neue Regierung mit Vertrauen, welches fortbauern werde, so lange die bei der Bildung des Kabinetts anerkannte Gleichwertigkeit der koalitierten Parteien unerschüttert bleibe.

Wien, 15. Dezember. Die Anklage gegen die Ende September hier verhafteten dreizehn Anarchisten, bei denen Bomben und Sprengstoffe gefunden wurden, lautet auf Hochverrath, der durch die Absicht der gewaltthätigen Aenderung der Regierungsform und der Anstiftung eines Bürgerkriegs verübt wurde, auf Verbrechen durch Dynamit.

Der Hauptangeklagte, der Tischlergehilfe Haspel, ist hochgradig tuberkulös. Die Verhandlung findet im Januar statt.

Frankreich.

Auch das zweite parlamentarische Debatte der französischen Sozialdemokraten war sowohl dem Inhalte als der Form nach ein völliger Mißschlag. Die Genossen beabsichtigten, der herrschenden sozialen Ordnung — oder wie sie es nennen: Unordnung — auf dem Terrain des großen Kohlenstreiks in den Departements Pas de Calais und Nord eine Hauptschlacht zu liefern, allein sie kamen gar nicht zur Offensive, wurden vielmehr nach einigen, höchst schwächlichen Versuchen, das Verhalten der Arbeitgeber und der Regierung zu diskreditiren, aus allen ihren dialektischen Stellungen genossen und ihre Enqueteanträge mit erdrückender Stimmenmehrheit abgelehnt. Der Arbeitsminister Jomart zeigte sich bei dieser Gelegenheit als ein ebenso sachkundiger wie regelebender Anwalt der in Betracht kommenden wahren Interessen, nicht nur der Arbeitgeber, sondern ebensowohl auch der Arbeiter, und deckte das uneheliche Treiben der streikwilligen sozial-revolutionären Syndikatschönungelos auf. Es kam Herrn Jomart ungemein zu Statten, daß er, in seiner Eigenschaft als Deputirter des Departements Pas de Calais, mit den einschlägigen örtlichen Verhältnissen auf das genaueste vertraut, dem sozialdemokratischen Antragsteller Basly Punkt für Punkt die Unhaltbarkeit seiner Thesen und die Verleumdung der daraus abgeleiteten Schlüsse nachzuweisen vermochte. Herr Basly und Genossen hatten sich eines bereit überlegenen Widersachers offenbar nicht versehen. „Es heißt den wahren Arbeiterinteressen einen schlechten Dienst leisten“, rief der Minister unter dem allgemeinen Beifall der Kammer den mit gemeinsamen Willen basissenden Sozialdemokraten zu, „wenn Sie sich die Zerstörung der industriellen Kräfte des Landes, den Abgang der Köpfe in Folge unausgesetzter Unruhen, die gefährlichen Konjunktur anlegen sein lassen. Es heißt den wahren Arbeiterinteressen einen schlechten Dienst leisten, wenn Sie den Leuten weismachen, daß es ein soziales Uebelmittel in der Welt gebe, welches den Arbeiter besser fördere als Fleißigkeit, Fleiß und Sparsamkeit.“ Dann wies Herr Jomart Punkt für Punkt nach, wie seitens der Syndikate der große Kohlenstreik eines schönen Tages völlig plan-, sinn- und ziellos in die Welt gesetzt wurde, wie es den von Herrn Basly und seinen sozialdemokratischen Genossen aufgelegten Syndikaten erst hinterher einfiel, daß man zum Streiken doch eigentlich auch einen Vorwand haben müsse, und wie man dergestalt die Hülfe der „Vescheverden“ erst nachträglich aufsuchte. Weder dieses Vorgehen, noch der Umstand, daß das Syndikat der Grubenarbeiter unter 88 Beisitzern nicht weniger als 56 Unruher (!) zählte, noch das tolle Treiben einer Rote permanent betrunkenen, von Paris entwandter Agitatoren war darnach angethan, den so scharf kritisirten Arbeitern durch die Kraft der inneren Ueberzeugung zu imponiren. In diesem Falle wäre auch nur die kleinste Nachgiebigkeit Berath an der Sache der nationalen Gesamtindividue gewesen; es blieb nichts übrig, als die Vetheoren ihrem wohlverdienten Schicksal zu überlassen. Das geschah, und die Debatte hat geschlossen. Die Leute sind durch Schanden flug geworden und dürfen hinfür ihre eigenen statt die der Widerstandes konstatiren, ehe sie sich auf neue Kämpfe einlassen.

Für das Prestige der sozialdemokratischen Deputirtengruppe ist die abermalige, in zweitägiger Debatte erlittene Niederlage ein schwerer Schlag. Noch ein paar solcher parlamentarischer Missionen à la Basly, und die französische Sozialdemokratie hat ihre Rolle in der Kammer ausgespielt.

Paris, 15. Dezember. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Saint Louis (Senegal) hat Oberlieutenant Honnier bei Tenet die Streitkräfte Samors geschlagen. Samor ergriff die Flucht.

Paris, 15. Dezember. Wie von unterrichteter Seite mitgetheilt wird, prüft die Regierung gegenwärtig die Frage der Handelsbeziehungen mit Spanien, deren Modifikationen von Spanien vorgeschlagen worden ist.

Der „Figaro“ publizirt ein Interview mit Baillant im Gefängnis. Derselbe gab an, in Amerika, speziell in Santa-Fé, gelebt zu haben. Er gab Unterricht in einer englischen, später bei einer amerikanischen Familie. Vier oder fünf Kinder waren ihm jeweilig anvertraut. Er gab französischen Sprachunterricht und lernte selbst dabei Spanisch auf praktischem Wege. Die Grammatik liege er nicht, wie alles Abstrakte. Er beschäftigte sich sonst mit Kosmographie, hauptsächlich mit Physik und Chemie. Der Besucher sah auf Baillants Tisch den „Monte Christo“ und Figuiers „Wunder der Wissenschaft“ liegen und fragte, ob Baillant selbst diese Bücher verlangt habe. „Den Monte-Christo nicht“, war die Antwort, „den las ich schon früher. Romane mag ich nicht mehr. Der Figuiers aber macht mir Freude, denn das ist ein praktisches Buch. Auch Platoniarium gefällt mir als Spirituale.“ „Dennach haben Sie also eine Philosophie?“ — „Ja, eine, die ich mir selbst gemacht habe und die ich lehre.“ — „Aber Sie hatten doch Ihre Meister?“ — „Es giebt zwei Philosophen, die ich am liebsten las, Bächner und Veturneau.“ — Baillant befindet sich in einer Doppelzelle des Insignis-Spitals. Die Bombenplünder sind aus seinem Schenkel bereits entfernt. Mit seinen Wächtern spricht Baillant sehr wenig. Der Gefängnis-Direktor ließ ihm Papier und Bleistift geben. Baillant macht sich viele Notizen, da er keine Vertheiligung vorbereitet.

In sämtlichen Ministerien sind jetzt je zwei Portiers postirt, denen überdies ein Polizeimann zugewiesen ist. Sämtliche Eintretenden verdächtigen Aussehens werden befragt.

Italien.

Rom, 15. Dezember. Der plötzliche Rücktritt Berasiz aus dem Kabinete Crispi beruht auf einer Intrigue der Konservativen, die Crispi noch im letzten Augenblicke ein Bein zu stellen versuchten. Dieselben hofften, durch dies unwürdige Mandat das Kabinete Crispi (ähnlich wie das Kabinete Zanardelli) noch vor seinem offiziellen Hervortreten erschöpfen und ein Kabinete Rudini an seine Stelle setzen zu können.

Die Ernennung des Barons Blanc, früheren Volschalters in Konstantinopel, eines der besten Diplomaten Italiens, macht hier einen vortheilhaften Eindruck. „Parlamento“ schreibt, selbst vor, wie die Franzosen, bisher noch an den Frieden abhingen Italiens zweifelte, müsse darin eine Garantie für die absolute Friedlichkeit Italiens erblicken. Als Senator besprach übrigens Baron Blanc vor etwa zwei Jahren in einer denkwürdigen Rede die Tripelallianz, deren Gründung zum großen Theile ihm selbst als Staatssekretär und treuem Mitarbeiter Mancinis gebührte. Er war es, der damals im Bunde mit Mancini und gegen den Willen Depretis den Eintritt Italiens in die deutsch-italienische Allianz durchsetzte.

Crispi hat ein Rundschreiben an die Präfecten erlassen, worin er sie unter Androhung strengster Bestrafung zur Beobachtung der Gefolge anhält.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 15. Dezember. Bei der heute stattgehabten Eröffnung der zweiten Kammer erhielt Hedin (liberal) 1489 und Beskow (kons.) 1006 Stimmen; ersterer ist mitthin gewählt.

Großbritannien und Irland.

London, 15. Dezember. Wie das amtliche Blatt meldet, hat die Königin der Prinzessin Ferdinand von Rumänien, der Prinzessin Viktoria von Sachsen-Koburg-Gotha, sowie der Prinzessin Albert von Anhalt-Desau den indischen Kronenorden verliehen.

Rußland.

Petersburg, 15. Dezember. Bei einem in den letzten Tagen auf der Scharatower Bahn erfolgten Zusammenstoß zweier Züge wurden sechs Güterwagen zertrümmert und zwei Fahrbeamte verwundet.

Griechenland.

Athen, 15. Dezember. Die Kammer genehmigte in erster Lesung die Vorlage über die finanzielle Regelung.

Amerika.

Newyork, 15. Dezember. Aus Indiana polio wird gemeldet: Ein Theil der Brücke über den Dniaploß zwischen Jefferson und Louisville stürzte heute früh ein. Die Zahl der hierbei ums Leben gekommenen Personen wird auf 25 bis 78 geschätzt. Einzelheiten über diesen Unglücksfall liegen noch nicht vor.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. Dezember. Uns liegt der (21.) Jahresbericht des P. S. L. O. Z. Vereins der Provinz Pommern vom 1. August 1892 bis 31. Juli 1893 vor. Nach demselben zählt der Verein nunmehr in 67 Zweigvereinen 2971 Mitglieder, nämlich 2466 Lehrer und 505 Nichtlehrer. Die Einnahmen des Gesamtvereins beliefen sich im verflossenen Jahre auf 10,918,46 Mark, in welcher Summe 8123,35 Mark Beiträge und 2795,11 Mark an außerordentlichen Einnahmen enthalten sind. Von letzterer Summe fließen 782,43 Mark in die Kasse des Provinzialvereins. In die Kassen der Zweigvereine fließen 10,136,03 Mark an außerordentlichen Einnahmen. Zu Unterstufungen konnte der Gesamtverein im verflossenen Jahre 10,286,95 Mark verwenden. Für das Jahr 1893-94 sind zur Unterstufung aus der Provinzialkasse 315 berechnete Wittwen und 203 Waisen vorgeschlagen. Da die zu Unterstufungen verfügbare Summe etwa 4406,77 Mk. beträgt, so wird jede Wittve 11 Mark und jede Waise 5,50 Mark erhalten. Auch der Jahresbericht der Wilhelm-Augusta-Stiftung für Waisen pommerischer Volksschullehrer bezeichnet das verflossene Geschäftsjahr als sehr günstig. Das Vermögen der Stiftung beträgt zur Zeit 6337,62 M. und ist im verflossenen Rechnungsjahr um 31,50 Mark gewachsen. Im Oktober d. J. wurden 66 Waisen mit je 8 Mark unterstützt und somit 528 Mark verteilt.

Dem stud. arch. von Haselberg, dem Stiefsohn des Direktors der Altkammern-Hochschule Eisenbahn, Schirmer, verschied, welcher am 26. August d. J. im Seebade Ost-Deep das Dienstwachen Louise Boos mit eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, ist das Verdienst-Ehrenzeichen für Rettung aus Gefahr verliehen worden.

In der verlängerten Friedrichstraße und in anderen Gegenden der Stadt beginnt heute der Verkauf der Weihnachtsbäume und sind überall bereits Tannen und Fichten in großer Zahl angefahren, welche in wenigen Tagen dazu beitragen sollen, dem Weihnachtsfest den schönsten Schmuck zu verleihen. Bald werden die grünen Bäume nach allen Stadttheilen geholt werden und ob sie im Palast, ob im Kammerein der Armen einen Platz am Christabend finden, sie werden manch wohlgeheiter Gesicht sehen, aber auch manche Thräne wird ihnen nicht verborgen bleiben, besonders da, wo unter dem Weihnachtsbaum ein Platz freigeblieben ist, an dem im vorigen Jahre am Christabend noch ein lieber Angehöriger stand, den inzwischen der Tod aus dem Kreise der Lieben entziffen. Es ist keine fremde Hoffnung, mit der in diesem Jahre Viele dem schönen Fest entgegengehen, die Gesichte zeigen nicht den gewöhnlichen Schmerz und die Arbeit in vielen Berufsweisen ruht vollständig. Möge für Alle, welche davon betroffen sind, der Weihnachtsbaum, der ja von Alters her als Symbol des Erwachens im Pflanzenleben gilt, auch Hoffnung auf ein Erwachen, und Emporblühen im Geschäftleben bringen und möge der Baum, wenn er im Lichterglanz erscheint, nur frohe, glückliche Menschen bestrahlen.

Die Vermählungen der Postverwaltung, die Postkassen der Empfänger mit thätiglicher Verschleimung zu versehen, würden einen viel größeren Erfolg haben, wenn das Publikum die Postverwaltung in diesen Vertheilungen nachhelfend unterstützte. Dies könnte namentlich dadurch geschehen, daß bei allen Wohnungen an den Eingängen Privatbriefkasten angebracht werden. Die Briefträger werden jetzt durch Abgabe der Postkassen an die Empfänger oder deren Familienglieder, Haus-Personal u. oft lange aufgehalten. Wenn jeder Besitzer und jeder Wächter an seiner Wohnung einen Briefkasten anbringen läßt, in dessen Definition der Briefträger die gewöhnlichen Briefe, Postkarten, Druckfachen, Zeitungen und Waarenproben, soweit es ihr Umstand gestattet, hineinsetzt, so liegt an der Hand, daß eine große Verschleimung der Postverwaltung auf das Definieren der Thätigkeit, das wiederholte Klingeln u. s. w. weg, in vielen Fällen, in denen Niemand zu Hause

verkauft haben die Preise für seine Butter wieder um 3 Mark nachgeben müssen.
Auch Landbutter unterlag einem Preisrückgang von 2—3 Mark.
Wir bezahlen an Produzenten franco Berlin (Alles per 50 Kilogramm):
Für seine und feinste Sahnebutter vom Giltren, Milchpackungen und Genossenschaften: Ia. 110, IIa. 105—108, IIIa. —, abfallende 100—104 Mark.
Landbutter: Preussische und Littauer 93—95, Rheinländer 93—95, Pommerische 93 bis 95, Pommische 90—93, Bayerische Seim: 98—103, Bayerische Land: 90—93, Schlesiische 95—98, Ostlitzische 78—83 Mark.

Zur Beachtung!

Die Leitenden der Kaufmannschaft von Berlin veröffentlichen folgenden Bescheid:

„Die bisherige amtliche Butternotirung, welche lediglich die Grundlage für die Berechnungen zwischen auswärtigen Butterproduzenten und Berliner Händlern bildete, hört mit dem 31. December 1893 auf. Mit dem 1. Januar 1894 tritt ein neuer Notirungsmodus ein und zwar werden abdam nur diejenigen Preise notirt, welche der Berliner Großhändler beim Verkauf an Groß- und Kleinhändler per comptant im Wochen-durchschnitt erzielt hat.“

Da sich die in unseren Wochenberichten notirten Preise schon seit Jahren mit den hiesigen börsenamtlichen Butternotirungen decken, und dies auch fernerhin geschehen wird, so ist denjenigen Interessenten, welche auf Grund unserer Wochenberichte Butter- oder Milchlieferungen abgeschlossen haben, zu empfehlen, die alten Abschlässe am 31. December 1893 auf gültigem Wege zu lösen und auf Grund der vom 1. Januar 1894 ab eintretenden veränderten Notirung, welche etwa um 10 Mark höher sein wird, als die bisherige, die Abschlässe zu erneuern, so also, daß, um die bisherige Richtschnur zu finden, etwa 10 Mark unter der neuen Notirung anzunehmen sein dürfte.


Eine Verantwortlichkeit für unsere Berichte, zumal für etwaige Fehler und Irrthümer, lehnen wir jedoch, wie bisher, so auch für die Folge, ausdrücklich ab.

Paris, 15. Dezember. Nachmittags. (Schluß)	
Kourse.)	Träge.
	Kours v. 14.
3 $\frac{1}{2}$ % amortisirt. Rente .. .	— „ 98 80
3 $\frac{1}{2}$ % Rente .. .	99,02 $\frac{1}{2}$ 99,00
Italienische 5 $\frac{1}{2}$ % Rente .. .	82 80 82 57 $\frac{1}{2}$
3 $\frac{1}{2}$ % ungar. Goldrente .. .	95 68 95 68
11. Orient .. .	68 80 68 80
4 $\frac{1}{2}$ % Russen de 1839 .. .	99 80 99 40
4 $\frac{1}{2}$ % unifiz. Egypter .. .	101 80 102 00
4 $\frac{1}{2}$ % Spanier auf ägypte Anleihe .. .	68 87 68 12
Conv.ert. Türken .. .	22 75 22 70
Türkische Soole .. .	92 70 92 50
4 $\frac{1}{2}$ % privil. Türk-Obligationen .. .	467 00 465 00
Französer .. .	641 00 641 25
Rombarden .. .	236 25 236 50
Banque ottomane .. .	567 00 595 00
„ de Paris .. .	646 00 646 00
„ d'escompte .. .	60 00 60 00
Credit foncier .. .	1056 90 1056 00
mobilier .. .	83 00 — „
Rendebant-Aktien .. .	547 90 547 00
Nio Tinto-Aktien .. .	387 50 386 25
Suekanal-Aktien .. .	720 00 712 00
Credit Lyonnais .. .	771 00 773 00
E. de France .. .	— „ 1155 00
Tabacs Ottom. .. .	408 00 406 00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122 $\frac{1}{2}$ / ₁₆ 122 37
Bechsel auf London kurz .. .	95 18 95 17
„ heque auf London .. .	25 20 25 19
Bechsel Amsterdam f. .. .	207 18 207 18
„ Wien f. .. .	199 50 19 75
„ Madrid f. .. .	410 00 410 00
Comptoir d'Escompte, neue .. .	— „ — „
Robinson-Aktien .. .	116 25 — „
Vortugiesen .. .	19 93 19 93
3 $\frac{1}{2}$ % Russen .. .	88 15 82 90
Schwedisch-Tout .. .	2 $\frac{1}{2}$ / ₁₆ 2 $\frac{1}{2}$ / ₁₆

Wasserstand.
Stettin, 16. Dezember. Im Revier 17 Fuß
Holl = 5,42 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 16. Dezember. Die „Budap. Corr.“
bezeichnet den Stand der österreichisch-russischen
Handelsvertragsverhandlungen als derartig günstig,
daß ein definitiver Abschluß baldigst erwartet
werden könne.

Wien, 16. Dezember. In der ungarischen
Waffenfabrik stellten die sogenannten Lausrichter
wegen Reduktion ihrer Löhne die Arbeit ein. Das
Erzuchen der ungarischen Waffenfabrik an die
österreichische Waffenfabrik um Ueberlassung von
Lausrichtern ist abschlägig beschieden worden. 

Paris, 16. Dezember. Die Frau, welche
auf der Tribüne anwesend war, als Baillant die
Bombe in die Deputirtenkammer schleuderte, ist
verhaftet worden und misammt ihrem Gemann
verhaftet worden.

Paris, 16. Dezember. Der „Republique

Paris, 16. Dezember. Tippo Tapp wird in den nächsten Tagen in Voreppe erwartet. Der erlichste Sklavenhändler will den König von Belgien besuchen.

Paris, 16. Dezember. Kasimir Ferier wird heute die Delegierten der Bergarbeiter von sämtlichen Bergwerken Frankreichs empfangen, welche

her gekommen, um der Kammer und der Regierung ihre Forderungen vorzutragen. Die Delegirten werden von den Abgeordneten begleitet sein.

Madrid, 16. Dezember. Der Marschall Martinez Campos ist, nachdem der Sultan von Marokko das Ultimatum Spaniens angenommen hat, im Begriff, nach Madrid zurückzukehren. Die liberale Presse begrüßt diese bevorstehende Rückkehr mit voller Freude, während die konservativen Blätter die Regierung der Freiheit begünstigen. Wie verlautet, wird Marschall Martinez Campos die Regierung veranlassen, ihr ganzes Vertheidigungssystem in der Nähe von Melilla umzugestalten, da dasselbe keineswegs der modernen Kriegskunst entsprechen soll.